



Kulturausschuss

10. Sitzung (öffentlich)

31. Oktober 2001

Düsseldorf - Haus des Landtags

14.00 Uhr bis 16.30 Uhr

Vorsitz: Dr. Renate Düttmann-Braun (CDU)

Stenografin: Beate Mennekes

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

Zur Tagesordnung

1

Nach kurzer Diskussion beschließt der Ausschuss einstimmig, den unter TOP 2 aufgeführten Antrag der CDU-Fraktion Drucksache 13/1587 in der nächsten Sitzung zu beraten und abzustimmen.

1 Bericht über die Auswirkung der geplanten Streichungen der Mittel für öffentliche Bibliotheken

1

- Bericht der Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft der Großstadtbibliotheken NRW
- Bericht des Ministers für Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport
- Diskussion

2 Die Landesregierung darf die kulturelle Grundversorgung in Nordrhein-Westfalen nicht kaputtsparen

Antrag der Fraktion der CDU

Drucksache 13/1587

8

(s. "Zur Tagesordnung"; Tagesordnungspunkt wird auf die nächste Sitzung verlagt)

3 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2002 (Haushaltsgesetz 2002) und Gesetz zur Änderung und Aufhebung haushaltswirksamer Landesgesetze (Haushaltsbegleitgesetz 2002) und Gesetz zur Überleitung von Lehrkräften mit den Befähigungen für die Lehrämter für die Sekundarstufen I und II an Gymnasien und Gesamtschulen in die Besoldungsgruppe A 13 (höherer Dienst)

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 13/1400

In Verbindung mit:

Mittelfristige Finanzplanung des Landes Nordrhein-Westfalen für die Jahre 2001 bis 2005

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 13/1401

In Verbindung mit:

Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2002 und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit im Haushaltsjahr 2002

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 13/1402

(§§ 24, 25 und 29 GFG)

Vorlage 13/922

Einzelberatung der Haushaltsansätze des "Kulturetats" (Teile der Einzelpläne: 02, 08, 14 und 20)

8

- Ergänzender Bericht des Ministers für Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport

Diskussion zu folgenden Haushaltspositionen:

- Einzelplan 02
- Kapitel 02 010 Ministerpräsident
- Titel 529 11 Zur Verfügung des Ministerpräsidenten für Aufgaben auf kulturellem Gebiet

- Kapitel 020 020 Allgemeine Bewilligungen
- Titel 685 61 189 Zuschüsse an die Stiftung Kunst und Kultur des Landes Nordrhein-Westfalen

- Kapitel 02 200 Medien und Telekommunikation
- Titel 546 00 Geschäftsbesorgung durch die NRW Medien GmbH
- Titel 682 00 Zuschüsse an die NRW Medien GmbH

- Beilage 1 zu Einzelplan 02 Verpflichtungsermächtigungen

- Kapitel 02 020 Allgemeine Bewilligungen
- Titel 685 40 Zuschuss an die Projekt Ruhr GmbH

- Zu Einzelplan 14
- Kapitel 14 030 Bauangelegenheiten des Einzelplans und baupolitische Ziele
- Titel 519 02 Größere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen

- Kapitel 14 620 Kulturförderung
- Titel 633 10 Zuweisungen an Gemeinden zur Förderung von Einrichtungen zur Organisation überörtlicher kultureller Zusammenarbeit
- Titel 812 00 Zum Ankauf von Kunstwerken für die Kunstsammlung Nordrhein-Westfalen
- Titel 682 97 Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen

- Beilage 1 zu Einzelplan 14 Verpflichtungsermächtigungen

- Kapitel 14 620 Kulturförderung
- Titel 682 97 Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen

- Zum GFG

- § 24 Zuweisungen zu Maßnahmen der Denkmalpflege und zur Förderung kleinerer privater Denkmalpflegemaßnahmen

Der Ausschuss legt fest, in der Sitzung am 28. November 2001 die abschließende Beratung und Abstimmung durchzuführen. Änderungsanträge sollen bis zum 27. November 2001, 15 Uhr, bei Herrn Schlichting abgegeben werden.

4 Ruhr-Triennale

17

- Bericht des Ministers für Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport
- Diskussion

5 Qualitativer Sprung in der Frauenpolitik – Gender-Mainstreaming gezielt und konsequent umsetzen

Antrag der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 13/713

20

- Schriftlicher Bericht des Ministeriums

Der Ausschuss beschließt, das Thema zur Beratung und Abstimmung noch einmal auf die Tagesordnung für die Sitzung am 28. November 2001 zu setzen.

6 Frauenkulturbüro NRW e. V.

22

- Bericht der Leiterin des Frauenkulturbüros
- Diskussion

7 Verschiedenes

26

(s. Diskussionsprotokoll)

Als sehr großer Fehler der Bibliotheken erweise es sich immer wieder, zwar viel Gutes zu tun, aber nicht darüber zu reden. Als Institution mit hohem Dienstleistungsbedarf leide man permanent unter einer personellen Unterversorgung. Ein Beispiel, warum aus Münster bisher noch nicht über ein sehr erfolgreiches Projekt berichtet worden sei: Im Jahre 2000 habe Münster 15.000 DM Landesmittel für so genannte Medienpakete für Schulen erhalten. Schulen aus dem ganzen Münsterland würden diese Medienpakete nun in Münster ausleihen. Wegen der ungeheuer starken Nachfrage sammle die Kollegin, statt darüber einen Artikel zu schreiben, Sponsorengelder für weitere Pakete, da es keine kontinuierliche Landesförderung für ein solches Projekt gebe. Dies diene den Schülern weitaus mehr als ein schöner Artikel.

2 Die Landesregierung darf die kulturelle Grundversorgung in Nordrhein-Westfalen nicht kaputtsparen

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 13/1587

(s. "Zur Tagesordnung"; Tagesordnungspunkt wird auf die nächste Sitzung vertagt)

3 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2002 (Haushaltsgesetz 2002) und Gesetz zur Änderung und Aufhebung haushaltswirksamer Landesgesetze (Haushaltsbegleitgesetz 2002) und Gesetz zur Überleitung von Lehrkräften mit den Befähigungen für die Lehrämter für die Sekundarstufen I und II an Gymnasien und Gesamtschulen in die Besoldungsgruppe A 13 (höherer Dienst)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 13/1400

In Verbindung mit:

Mittelfristige Finanzplanung des Landes Nordrhein-Westfalen für die Jahre 2001 bis 2005

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 13/1401

In Verbindung mit:

Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2002 und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit im Haushaltsjahr 2002

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 13/1402

(§§ 24, 25 und 29 GFG)

Vorlage 13/922

Einzelberatung der Haushaltsansätze des "Kulturetats" (Teile der Einzelpläne: 02, 08, 14 und 20)

Minister Dr. Michael Vesper verweist auf seine den Abgeordneten mit Vorlage 13/922 schriftlich zugeleiteten Ausführungen zum Haushaltsentwurf 2002 und skizziert dann einige den Kulturbereich tangierende Punkte der inzwischen existierenden **Ergänzungsvorlage Drucksache 13/1700**:

Erstens. Als Ergebnis der Organisationsuntersuchung der Staatlichen Archive hatte die Landesregierung in ihrer Sitzung am 26. Juni 2001 beschlossen: den Wegfall von drei kw-Vermerken, die Ausbringung von zwei neuen Eingangsplanstellen des höheren und von sieben Eingangsplanstellen des gehobenen Dienstes, die Verlagerung von neun besetzten, mit kw-Vermerk belasteten Stellen des mittleren Dienstes in das Archivkapitel mit Befristung zum 31.12.2005 und die Umwandlung einer Arbeiterstelle in eine Angestelltenstelle des mittleren Dienstes. Die Ergänzungsvorlage sieht jetzt die Umsetzung dieses Beschlusses vor. Hiermit wird ein Versehen im Haushaltsplan korrigiert.

Zweitens. Die Ämter für Bodendenkmalpflege werden jetzt als Eigenbetriebe geführt mit der Folge, dass der Betrieb seine Leistungen dem Ministerium in Rechnung stellt. Dafür werden Ausgabenmittel in Höhe von 9.000 Euro benötigt.

Drittens. Die an den BLB zu zahlenden Mieten für die Archive und Sammlungen des Kornelimünster in Aachen sind neu ausgebracht.

Viertens. Im Kapitel 14 600 - Staatliche Archive -, Archivwesen, Titel 525 10 - Kosten der Ausbildung - sind insgesamt 134.000 Euro abgesetzt sowie im Kapitel 14 500 - Angelegenheiten der Stadtentwicklung und der Freizeit - neu etatisiert worden. In dieser Höhe waren irrtümlich auch die Ausbildungskosten der Regierungsbaureferendare und -referendarinnen im Archivkapitel ausgebracht.

Fünftens. Die Ansätze für die beiden Kultursekretariate in Kapitel 14 620 - Kulturförderung - sind um 560.000 Euro erhöht und damit auf den Ansatz des vorigen Jahres gebracht worden.

Sechstens. Als Folge der Auflösung der Rücklagen bei dem Konzessionär der Oddset-Wette erhöhen sich die Zuschüsse zur Förderung der Breitenkultur entsprechend dem

bisherigen Anteil an den Einnahmen um insgesamt 690.000 Euro auf 2,73 Millionen Euro. Bei diesem Titel stehen jetzt insgesamt 14.190.000 Euro zur Verfügung.

Siebtens hatten wir zum Haushaltsgesetz eine Erhöhung des Bürgschaftsrahmens für Kunstwerke angemeldet, weil zum einen die Bürgschaftsgrenzen so alt sind, dass sie nicht mehr dem tatsächlichen Bedarf entsprechen, und zum anderen auch durch die Ausstellung im Ständehaus der Rahmen erweitert werden musste. Dies berücksichtigt die Ergänzungsvorlage in § 4 Abs. 5 Buchstaben a und b des Entwurfes des Haushaltsgesetzes.

Manfred Palmen (CDU) zitiert aus der Vorlage 13/922. Dort heiße es auf S. 4: "So steigen beispielsweise die Mittel, die die Kommunen vom Land im Rahmen des Steuerverbundes erhalten, um 475 Millionen DM, das sind 3,4 Prozent."

Der verfügbare Verbundbetrag belaufe sich auf, so der Minister auf S. 11 seiner Vorlage, rd. 240 Millionen Euro, was gegenüber 2001 eine Steigerung von 3,4 % bedeute.

Damit gestehe Minister Dr. Vesper der Kultur offenbar 25,9 Millionen DM mehr zu als im Entwurf des GFG ausgewiesen.

Zu Einzelplan 02

Kapitel 02 010 **Ministerpräsident**

Titel 529 11 **Zur Verfügung des Ministerpräsidenten für Aufgaben auf kulturellem Gebiet**

Manfred Palmen (CDU) erkundigt sich nach der Verwendung der 102.000 Euro und danach, ob es sich bei diesem relativ kleinen Betrag um eine Art "Feuerwehrfonds" für unterstützenswürdige Projekte oder eher einen "Reptilienfonds" handele.

Dieser - in der Höhe überrollte - Feuerwehrfonds dient nach Auskunft von **MR Feldkötter (StK)** zur Förderung der Breitenkultur, indem man für Vorhaben, die ansonsten scheitern würden, Beträge bis maximal 10.000 DM schnell und unbürokratisch zur Verfügung stelle. Die Fälle reichten z. B. von dem Erwerb eines Schumann-Briefes im Rahmen einer Versteigerung bis zu infrastrukturellen Maßnahmen etwa zur Unterstützung von Aufführungen von deutschen Laienchören - ab einer gewissen Qualitätsstufe - im Ausland bzw. für Auftritte ausländischer Künstler in Nordrhein-Westfalen: Hier helfe man u. a. mit Geldern für Flugreisen, Ausstellungstafeln etc.

Kapitel 02 020 Allgemeine Bewilligungen**Titel 685 61 Zuschüsse an die Stiftung Kunst und Kultur des Landes Nordrhein-Westfalen**

Manfred Palmen (CDU) möchte wissen, ob die Kürzungen um 35 % auf geringere Einnahmen zurückzuführen oder ob andere Gründe maßgebend seien.

Minister Dr. Michael Vesper erklärt den geringeren Ansatz damit, dass die Erträge aus der Oddset-Wette im Jahr 2001 geringer ausfallen würden als erwartet.

Die Ergänzungsvorlage sehe nun eine Erhöhung der Einnahme- und Ausgabeansätze im Zusammenhang mit der Oddset-Wette vor, und zwar um 5 Millionen Euro. Zur Sicherung der Gewinnausschüttung schreibe die Konzessionsurkunde nämlich eine Rücklage vor. Die überschüssige Summe werde nunmehr im Verhältnis der bisherigen Aufteilung auf die entsprechenden Ausgabepositionen im Haushalt verteilt. Die Stiftung Kunst und Kultur profitiere davon im Umfang von 580.000 Euro. Damit liege der Ansatz immer noch unter dem des Vorjahres, aber über dem des Jahres 2000.

Kapitel 02 030 Europa- und internationale Angelegenheiten**Kapitel 02 050 Kirchen, Religionsgemeinschaften und Weltanschauungsvereinigungen****Kapitel 02 061 Kulturwissenschaftliches Institut**

(Keine Diskussion)

Kapitel 02 200 Medien und Telekommunikation**Titel 546 00 Geschäftsbesorgung durch die NRW Medien GmbH****Titel 682 00 Zuschüsse an die NRW Medien GmbH**

Mit Blick auf die etatisierten Gelder in Höhe von zusammen über 13 Millionen Euro plus ca. 11,5 Millionen Euro Verpflichtungsermächtigungen erkundigt sich **Manfred Palmen (CDU)**, ob für die Medien GmbH endlich ein Vertragsgerüst existiere und woher die Beträge stammen: aus, wie vom Ministerpräsident geplant, Kürzungen in anderen Ressorts oder aus "frischen" Mitteln.

Die inzwischen gegründete NRW Medien GmbH etabliere sich derzeit, und zwar auf der mit dem Haushaltsgesetz 2001 geschaffenen Basis, erläutert **MR Feldkötter (StK)**. Die Veranschlagung für den Haushalt 2002 stamme aus dem Bestand des Kapitels 02 200. Aus den nach Erbringung eines Konsolidierungsbeitrages von 1 Million Euro verbliebenen Beträgen seien die bisher rechtlich nicht gebundenen Ausgaben - d. h., für diese müsse die Staatskanzlei aufgrund von Zuwendungszusagen auch in der Folgezeit die Abwicklung vornehmen - in Höhe von 4 Millionen Euro für Geschäftsbesorgung und rd. 9 Millionen Euro für Zuschüsse in Ansatz gebracht worden.

Dahinter stecke folgendes Konstrukt: Mit der NRW Medien GmbH werde ein Geschäftsbesorgungsvertrag abgeschlossen, sprich: Das Land gebe vor, was die Medien GmbH tun dürfe und solle. Sie solle auf jeden Fall - hierfür ist der Zuschusstitel vorgesehen - die bis dato von der Staatskanzlei betriebene Förderung von Medienaktivitäten fortführen. Die Staatskanzlei werde in diesem Umfang zukünftig keine Bewilligungen mehr aussprechen können. Die NRW Medien GmbH werde diese Aufgabe auf der Basis von Förderrichtlinien erledigen, die derzeit entwickelt würden. Die Abstimmung mit dem Landesrechnungshof und dem FM stehe noch aus.

Wegen der Verlagerung von Aufgaben aus der Staatskanzlei auf die NRW Medien GmbH habe man zusätzlich im Kapitel 02 010 vier Stellen abgesetzt und dafür Leerstellen ausgebracht. Die abgesetzten Stellen sind - gemäß der Ergänzungsvorlage - jetzt in der Wertigkeit höher.

Beilage 1 zu Einzelplan 02

Verpflichtungsermächtigungen

Kapitel 02 020 Allgemeine Bewilligungen

Titel 685 40 Zuschuss an die Projekt Ruhr GmbH

Manfred Palmen (CDU) bezieht sich auf das Schreiben des Ministers von September, in dem er mitgeteilt habe, die Ruhr-Triennale werde nicht aus Kürzungen im Kulturhaushalt finanziert. Die Mittel seien vielmehr bereits in den ersten Kabinettsberatungen "vor die Klammer gezogen" und als allgemeiner Schwerpunkt der Politik der Landesregierung zugestanden worden. Ihn interessiere, ob es sich bei der Verpflichtungsermächtigung im Umfang von 7,669 Millionen Euro um einen solchen "vor die Klammer gezogenen" Betrag handele.

Minister Dr. Michael Vesper bittet zu unterscheiden: Die genannte Verpflichtungsermächtigung komme der Projekt Ruhr GmbH, nicht aber der Kultur Ruhr GmbH zugute.

Zu Einzelplan 14**Kapitel 14 020 Allgemeine Bewilligungen**

(Keine Diskussion)

Kapitel 14 030 Bauangelegenheiten des Einzelplans und baupolitische Ziele**Titel 519 02 Größere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen**

Manfred Palmen (CDU) nimmt Bezug auf die Erläuterungen auf Seite 61 dieses Kapitels. Zur "Umsetzung baupolitischer Ziele" würden rd. 3,5 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Er bitte um schriftliche Ausführungen zu diesem Thema.

Minister Dr. Michael Vesper sagt dies zu. Als ein baupolitisches Ziel nennt er "Kunst und Bau". Gelegentlich diene der Titel daher Kunst- und Baumaßnahmen. Eigentlich falle dieser Ansatz aber in die Zuständigkeit des Ausschusses für Städtebau und Wohnungswesen.

Kapitel 14 510 – Denkmalpflege**Kapitel 14 530 – Schloss Augustusburg und Schloss Falkenlust in Brühl****Kapitel 14 600 – Staatliche Archive, Archivwesen****Kapitel 14 610 – Bibliothekswesen**

(Keine Diskussion)

Kapitel 14 620 Kulturförderung**Titel 633 10 Zuweisungen an Gemeinden zur Förderung von Einrichtungen zur Organisation überörtlicher kultureller Zusammenarbeit**

Manfred Palmen (CDU) spricht die Kürzung dieser Position um ein Drittel an und erklärt sich dann mit dem Hinweis von Minister Dr. Vesper auf die in der ersten Ergänzungsvorlage erhöhten Mittel für die Kultursekretariate zufrieden.

Titel 812 00 Zum Ankauf von Kunstwerken für die Kunstsammlung Nordrhein-Westfalen

Die von **Manfred Palmen (CDU)** aufgegriffene Ansatzreduzierung um etwa ein Drittel bezeichnet **Minister Dr. Michael Vesper** als Folge einer Sondermaßnahme im Vorjahr. Insgesamt hätten die Mittel für die Kunstsammlung durch das Hinzukommen der neuen Dependance "Ständehaus" eine deutliche Steigerung erfahren.

Titel 682 97 Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen

Manfred Palmen (CDU) bezieht sich auf den Ansatz von 3.682.000 Millionen Euro mit einer VE von 19,5 Millionen Euro. Er möchte wissen, ob und in welcher Weise dieser Betrag von fast 23 Millionen Euro vom Kabinett "vor die Klammer" gezogen worden sei. Auch die Kommunalpolitiker interessieren die Finanzierung dieser Mittel. Laut Pressemitteilungen nämlich werde ein Großteil, etwa 30 Millionen DM, der heute mit 42 Millionen DM bezifferten Ausgaben für die Triennale aus Tourismus-Fördermitteln der EU stammen.

Minister Dr. Michael Vesper erläutert, man müsse Investitionen - sie ständen hier nicht in Rede - und die Mittel für die laufenden Kosten unterscheiden. Zu Letzteren sollten die Projekt Ruhr GmbH, der Kommunalverband Ruhrgebiet und der Verein pro Ruhrgebiet nach den Vorstellungen seines Hauses jährlich als Anteilseigner der Kultur Ruhr GmbH insgesamt 4,1 Millionen DM, entsprechend ca. 2,1 Millionen Euro, beitragen. Dazu käme die Zuwendung des Ministeriums, die in diesem Jahr bei 3,7 Millionen Euro liege. Zusätzlich erwarte man noch EU-Ziel-2-Mittel in einem gewissen Umfang. Dies alles zusammengenommen plus Eintrittsgelder, Sponsorengelder und sonstige Einnahmen bildete den Gesamtetat der Kultur Ruhr GmbH. Der werde naturgemäß in den Jahren 2003, 2006 und 2009 höher und in den jeweiligen Zwischenjahren niedriger ausfallen. Man könne ihn noch nicht genau beziffern, da man noch nicht alle Projekte kenne.

Das "Vor-die-Klammer-Ziehen" bedeute, dass diese Mittel nicht in den Bargaining-Prozess zwischen den Häusern eingingen. Man habe am Anfang im Kabinett die Schwerpunkte festgelegt wie z. B. Bildung und auch die Kultur Ruhr GmbH mit der Konsequenz, dass diese Mittel aus dem Gesamthaushalt finanziert würden. Aus dem, was danach für die Einzelpläne übrig geblieben sei, habe man eine Quote für die Beträge errechnet, die in den einzelnen Etats eingespart werden müssten.

Manfred Palmen (CDU) regt an, der Minister möge die Kulturschaffenden vor Ort über die eben aufgeschlüsselte Herkunft der Mittel unterrichten, um den Eindruck zu vermeiden, sie entstammten samt und sonders dem Kulturetat und gingen damit zu ihren Lasten.

Beilage 1 zu Einzelplan 14

Verpflichtungsermächtigungen

Kapitel 14 620 Kulturförderung

Titel 682 97 Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen

Manfred Palmen (CDU) bezieht sich auf c) VE 2002 19,5 Millionen Euro, entsprechend ca. 38 Millionen DM. Wenn man die laufenden Zuschüsse in Höhe von sieben Millionen DM dazu addiere, ergebe dies 45 Millionen DM. Diese Summe stamme also offenbar aus dem Etat Minister Dr. Vespers, was nicht mit dessen Aussage übereinstimme, die Mittel kämen zum Teil aus anderen Einzelplänen, zum Teil von dritter Seite.

Minister Dr. Michael Vesper verweist auf den Ansatz von 3.682.000 Euro im Jahre 2002 und auf die Verpflichtungsermächtigungen von 19,5, 13, 5,5 und 1,0 Millionen Euro in den Jahren 2002 bis 2005. In Höhe dieser Beträge dürfe das Land heute bereits Verpflichtungen eingehen. Außerdem erwarte man, aus Mitteln des MSWKS im Jahre 2003 insgesamt knapp 17 Millionen Euro und in den Jahren 2004 und 2005 jeweils 7,2 Millionen Euro ausgeben zu können.

Auf wiederholte Nachfrage des **Manfred Palmen (CDU)** erläutert **Minister Dr. Michael Vesper** noch einmal, dass man im Jahr 2003 2 Millionen DM von der Projekt Ruhr GmbH, 2 Millionen DM vom KVR und 100.000 DM vom Verein pro Ruhrgebiet erhalte. Man rechne mit etwa 33 Millionen DM im Triennale-Jahr 2003 zusätzlich aus eigenen Mitteln und erwarte etwa 5 Millionen DM aus den Ziel-2-Mitteln. Zu diesen dann 42 Millionen DM kämen Eintritts- und Sponsorengelder sowie weitere Einnahmen hinzu.

Zu Einzelplan 08

(Keine Diskussion)

Zu Einzelplan 20

(Keine Diskussion)

Zum GFG**§ 24 Zuweisungen zu Maßnahmen der Denkmalpflege und zur Förderung kleinerer privater Denkmalpflegemaßnahmen**

Manfred Palmen (CDU) bezieht sich auf die in § 24 Abs. 3 etatisierten rd. 2,1 Millionen Euro für "Zuweisungen zur Förderung kleinerer privater Denkmalpflegemaßnahmen. Gerüchteweise höre man nun von der Absicht, in diesem Bereich 2,7 Millionen Euro einzusparen. Es frage sich, ob die genannten 2,1 Millionen Euro die im Einzelplan 14 nicht mehr enthaltenen Mittel ersetzen sollten.

Minister Dr. Vesper (MSWKS) erklärt, man habe bei den Denkmalpflegemaßnahmen ein Programm gestrichen, nämlich das Programm betreffend Maßnahmen unter 30.000 Euro. Man werde versuchen, einen Teil davon über das GFG zu kompensieren. Das Programm, von dem die Kirchen profitierten, sei mit 5,3 Millionen Euro überrollt, nicht gestrichen worden.

§ 25 Zuweisungen zu kommunalen Museumsbauten**§ 29 Zuwendungen zu Landestheatern**

(Keine Diskussion)

Der Ausschuss legt fest, in der Sitzung am 28. November 2001 die abschließende Beratung und Abstimmung durchzuführen. Änderungsanträge sollen bis zum 27. November 2001, 15 Uhr, bei Herrn Schlichting abgegeben werden.